

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 13. Juni 1969

Blatt 1615

Geehrte Redaktion!
=====

Wir erinnern daran, daß morgen vormittag die soeben fertiggestellte Kläranlage Inzersdorf - Blumental durch Bürgermeister Bruno Marek eröffnet wird. Wie bereits angekündigt, findet eine Stunde vor dem Eröffnungsbeginn eine Presseführung statt.

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Eröffnung Bericht-
erstatter und Fotoreporter zu entsenden.

Ort: Kläranlage Inzersdorf - Blumental (Zufahrt über
Laxenburger Straße),

Zeit: Samstag, 14. Juni;
Presseführung: 9 Uhr;
Eröffnung: 10 Uhr.

- - -

75. Geburtstag von Ernst Morawec
=====

13. Juni (RK) Am 15. Juni vollendet der Violinpädagoge Hochschulprofessor Ernst Morawec das 75. Lebensjahr.

Er wurde in Wien - Inzersdorf geboren und hatte durch seinen älteren Bruder, einem Geigenvirtuosen, schon frühzeitig mit dem Violinspiel Bekanntschaft gemacht. An der Musikakademie waren unter anderem die Professoren Feist und Rosé seine Lehrer, anschließend trat er in die Meisterschule Sevciks ein. Nach dem Krieg wurde er von Franz Schalk an die Staatsoper verpflichtet, wo er bald die Stelle des ersten Solobratschisten übernahm. Seit 1919 gehörte er auch den Wiener Philharmonikern an, die ihn in wertvolle künstlerische Berührung mit fast allen großen Solisten und Dirigenten brachten. Auch zur Kammermusik kam Ernst Morawec schon sehr früh. Er gehörte dem 1922 gegründeten Mairecker-Buxbaum-Quartett während seiner ganzen Spieldauer an und begleitete es auf seinen erfolgreichen Konzerttourneen durch Europa und Amerika. Er war auch eine Zierde des Schneiderhan-Quartetts. Von 1930 bis 1966 wirkte Prof. Morawec an der Akademie für Musik und darstellende Kunst und bildete in diesem langen Zeitraum Schüler heran, die heute in vielen Ländern als Solisten und Kammermusiker, als Konzertmeister und Mitglieder bedeutender Orchester, als Pädagogen namhafter Musikschulen sowie als Opern- und Orchesterleiter erfolgreich tätig sind. Prof. Ernst Morawec wurde für seine verdienstvolle Tätigkeit vielfach ausgezeichnet. Er ist unter anderem auch Träger der Ehrenmedaille der Stadt Wien.

- - -

Bezirksvertretungssitzungen in der kommenden Woche
=====

13. Juni (RK)

Mittwoch, 18. Juni, 15 Uhr: 11, Enkplatz 2, 1. Stock, links, Zimmer 112, Sitzungssaal.

Mittwoch, 18. Juni, 17 Uhr: 10, Keplerplatz 5, Sitzungssaal.

- - -

Wiener Festwochen 1969

=====

 Das Programm für Montag, 16. Juni
Theater:

Burgtheater: Ödön von Horvath: "Der jüngste Tag"

Akademietheater: Carlo Coccioli: "Mondhügel"

Theater an der Wien: Gastspiel des Balletts der Rumänischen
Oper Bukarest:

"Les Arcades" Musik Aurel Stroe

"Quartett" Musik Alban Berg

"Nächtliche Szenen" Musik Anatol Vieru

"Die Wand" Musik Henry Dutilleux

"Huldigung für Enescu" Musik Theodor Grigoric

"Sinfonische Metamorphosen" Musik Paul

Hindemith

Staatsoper: Wolfgang Amadeus Mozart: "Die Zauberflöte"

Volksoper: Eugen d'Albert: "Tiefland"

Theater in der Josefstadt: Jean Anouilh: "Bäcker, Bäckerin
und Bäckerjunge"

Volkstheater: Fedor Michailowitsch Dostojewskij: "Raskolnikoff"

Kammerspiele: Hugh u. Margaret Williams: "Scheidung auf englisch"

Kleines Theater der Josefstadt im Konzerthaus: Peter Handtke:

"Kaspar"

Die Komödianten, Theater am Börseplatz: Federico Garcia Lorca:

"Die wundersame Schustersfrau"

Musik:

19.30 Uhr Konzerthaus, Schubertsaal

Wiener Schule - Zyklus

Wiener Bläserquintett

Mitwirkend Hans Graf, Klavier

Webern, Variationen für Klavier, op.27/

Beethoven, Quintett Es-Dur für Klavier und Blas-

instrumente, op.16/Schönberg, Bläserquintett, op.26

Veranstaltungen in den Bezirken2. Bezirk:

19.30 Uhr

Festsaal, 2, Karmelitergasse 9 (Amtshaus)

KONZERTABEND

Das "Alt-Wiener Kammerensemble spielt unter dem Motto "Klassisch - wienerisch"

Ausführende: Prof. Eduard Larysz, Geige, Prof.

Franz Koch, Geige, Emmerich Leitinger, (Orig.)

Wiener Kontragitarre, Karl Pichelmayer, (Orig.)

Wiener Knopfhharmonika, Georg Strnad, Mundart-
dichtung.

6. Bezirk:

9-13 Uhr

KMH 6, Loquaipplatz 4, Parterre, Lichtbild-und

Sa 8-12

Musikzimmer, Ausstellung im Schulgebäude:

Schaustücke unserer Jahresarbeit".

10. Bezirk
untenstehd.

Die Ausstellung ist bis 21.6. geöffnet

11. Bezirk:

19.30 Uhr

Großer Festsaal des Simmeringer Amtshauses, Enkpl.2

MUSIK KENNT KEINE GRENZEN , Unterhaltungskonzert

Ausführende: Das kleine Wiener Unterhaltungsor-

chester, Olga Warla, Sopran, Ernst Lintner, Tenor,

Günther Kastner, Klavier, Sprecher Willy Kralik,

Dirigent Kapellmeister Günther Kastner

10. Bezirk:

19.00 Uhr

Sitzungssaal der Bezirksvertretung, 10, Keplerpl.5

HAUSMUSIKABEND

mit Solisten und Ensembles des Konservatoriums

der Stadt Wien

Eintritt frei

(Kartenausgabe durch die Bezirksvorstehung)

20. Bezirk:

19.30 Uhr

Festsaal, 20, Raffaelgasse 11

MUSIK LÄSST WIEDER MUSIK

Konzert des Akkordeonorchesters der Volkshoch-

schule Brigittenau, Dirigent: Franz Truhlar

23. Bezirk:

8-16 Uhr

Ausstellung von Bastelarbeiten der Schüler der

Hauptschule Atzgersdorf im Festsaal des Amtshauses

bis 20.6.

23, ,Liesing, Perchtoldsdorferstr.2 Eintritt frei

Bezirksveranstaltungen4. Bezirk:

18.00 Uhr 4, Treitlstraße 3
Vorhang auf!
Schülerakademie, ausgeführt von den Schülern
der KMH Schäffergasse

7. Bezirk:

19.30 Uhr im Neubauer Bürgerhaus des Herrn Baurat h.c.
Dipl.Ing.Dr. Adalbert Kallinger
HAUSMUSIKABEND
Aufgeführt werden Werke von Franz Schubert,
Joseph Haydn, Ludwig van Beethoven, Johannes
Brahms
Mitwirkende: Elisabeth Sommer, Violine
Dr. Helmuth Tades, Cello, Elisabeth Huss,
Klavier, Dr. Adalbert Kallinger, Klavier.
Auf Namen lautende Karten sind in der Bezirksvor-
stehung für den 7. Bezirk, 7, Hermannsgasse 24,
2. Stock, bis 13. Juni 1969 erhältlich

8. Bezirk:

19.30 Uhr Kleine Galerie, Neudeggasse 8
DICHTERLESUNG
Erika Mitterer liest aus eigenen Werken, Erinne-
rungen an Stefan Zweig und Anton Wildgans.

9. Bezirk:

17-19 Uhr Heimatmuseum Alsergrund, 9, Währinger Straße 43
Sonderausstellung: "WIENER HAUS-UND HANDWERKS-
ZEICHEN, SAGEN UND SCHÜLERZEICHNUNGEN".

10. Bezirk:

19.00 Uhr Vortragssaal, 10, Fliederhof 6
"MUSIKALISCHE EDELSTEINE"
bringt Frau Prof. Alice Groß-Jiresch mit ihrem
Ensemble Eintritt S 8.-
(Karten an der Abendkasse.)

12. Bezirk:

19.30 Uhr Städtische Bücherei, 12, Egger-Lienzgasse 3
DICHTERSTUNDE - "JUGOSLAWISCHE ERZÄHLER"
Es spricht und liest Hans Swoboda Eintritt frei

17. Bezirk:

19.30 Uhr Städtische Bücherei, Elterleinplatz 14
DICHTERLESUNG
Vera Ferra Mikura liest aus eigenen Werken
Eintritt frei

21. Bezirk:

13.30 Uhr Treffpunkt: vor dem Bahnhof Korneuburg, S-Bahn
BESUCH DER SCHIFFSWERFT KLOSTERNEUBURG

22. Bezirk:

20.00 Uhr 22, Volksheim Kaisermühlen
UNTERHALTUNGSKONZERT "MUSIK KENNT KEINE GRENZEN"
Das kleine Wiener Unterhaltungsorchester, Dirigent
Kapellmeister Günther Kastner. Mitwirkend: Olga
Warla, Sopran- Ernst Lintner, Tenor - Günther
Kastner, Klavier - Sprecher: Willy Kralik (ORF u. TV)
Vorverkauf und Abendkasse Eintr. S 1.-
- - -

Prüfungskommission für den Försterdienst angelobt
=====

13. Juni (RK) Heute früh wurden im Arbeitszimmer des
Bürgermeisters die Mitglieder der Staatsprüfungskommission
für den Försterdienst beim Amt der Wiener Landesregierung
von Landeshauptmann Bruno Marek angelobt. Die Mitglieder
dieser Kommission legten ihr Gelöbniß in die Hand des Landes-
hauptmannes ab. Zu Mitgliedern der Staatsprüfungskommission
für den Försterdienst wurden bestellt: - Oberforstrat
Dipl.-Ing. Karl Meloun, Oberforstrat Dipl.-Ing. Hubert Haunold,
Revierförster Josef Spanblöchl, Oberforstrat Dipl.-Ing. Wilhelm
Hans, Oberforstrat Dipl.-Ing. Johann Zupnyk, Oberforstrat
Dipl.-Ing. August Loos und Revierförster Franz Bäck.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages

=====

13. Juni (RK) In einer nur sechs Minuten dauernden Sitzung behandelte heute vormittag der Wiener Landtag unter Vorsitz seines Präsidenten, Dr. Wilhelm Stemmer, einen einzigen Tagesordnungspunkt: Es ging dabei um ein Ersuchen, welches das Landesgericht für Strafsachen Wien am 22. Mai schriftlich an den Wiener Landtag gerichtet hatte. In diesem Schreiben ersucht das Gericht um die Zustimmung des Wiener Landtages zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Franz Olah.

Dazu sprach LAbg. Franz Ascherl (SPÖ). Der Berichterstatter führte aus, daß Abgeordneter Franz Olah am 28. März dieses Jahres wegen des Verbrechens des Betruges nach den Paragraphen 197, 200, 201 und 203 des Strafgesetzes verurteilt wurde. Das Urteil ist wegen der Nichtigkeitsbeschwerde des Verurteilten nicht rechtskräftig.

Abgeordneter Ascherl brachte dem Landtag den einhelligen Beschluß des Immunitätskollegiums zur Kenntnis, der Landtag möge der strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Franz Olah zustimmen. Der Redner merkte an, daß Abgeordneter Olah in der letzten Sitzung des Landtages selbst den Wunsch geäußert habe, der Landtag möge die Auslieferung beschließen.

In der Abstimmung wurde der Antrag auf Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Franz Olah einstimmig angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

13. Juni (RK) Bürgermeister Bruno Marek eröffnete um 10.15 Uhr die Sitzung des Wiener Gemeinderates. Er stellte einleitend fest, daß nach Paragraph 14, Abs. 4 ein Gemeinderatsmitglied gegen das wegen eines nichtpolitischen Verbrechens eine Voruntersuchung eingeleitet ist, dieses sein Mandat nicht ausüben kann. Ein strafgerichtliches Verfahren läuft bekanntlich gegen Gemeinderat Franz Olah. Ich stelle fest, daß dieser daher sein Mandat zur Zeit nicht ausüben kann und fordere ihn auf, den Saal zu verlassen. "Herr Olah, ich bitte Sie, den Saal zu verlassen".

Unterbrechung der Sitzung

Daraufhin Olah: "Das ist verfassungswidrig, ich lehne ab."

Bürgermeister Marek: "Ich ersuche Sie noch einmal, den Saal zu verlassen. Olah: "Nein, das werde ich nicht tun."

Bürgermeister Marek: "Ich unterbreche die Sitzung".

Die Gemeinderäte Wiesinger und Nimmerrichter begeben sich zu Olah und ersuchen ihn, der Aufforderung des Bürgermeisters nachzukommen. Olah erwidert ihnen: "Sie haben hier keine Exekutivgewalt". Auch eine zweite Aufforderung bleibt vergebens. Der Bürgermeister kehrt daraufhin zum Platz des Vorsitzenden zurück und sagt: "Ich beauftrage in meinem Namen den Gemeinderat Olah durch die Rathauswache abführen zu lassen." Durch die Mitteltür erscheinen der Kommandant der Rathauswache und fünf Rathauswachebeamte, die zunächst in korrekter Form Gemeinderat Olah bitten, ihnen zu folgen. Als dieser sich weigert, flankieren zwei Beamte Olah und führen ihn, begleitet von erregten Zwischenrufen der DFP-Gemeinderäte, aus dem Saal. Auf dem Gang vor dem Gemeinderats-sitzungssaal schreit Olah den fortgehenden Beamten nach: "Faschisten!"

Wiederaufnahme der Sitzung

Um 11.20 Uhr nimmt Bürgermeister Marck die Sitzung wieder auf.

Er gibt bekannt, daß von der FPÖ drei Anfragen und der ÖVP eine Anfrage vorliegen.

Die DFP hat einen Antrag, betreffend "Vorlage eines das gesamte Stadtgebiet umfassenden Bebauungs- und Verkehrsplanes", sowie einen Antrag, betreffend "eine gleichmäßige gärtnerische Gestaltung aller städtischen Parkanlagen" eingebracht. Die FPÖ hat einen Antrag, betreffend "Vorlage eines umfassenden Konzeptes für die künftige Stadtentwicklung" sowie einen Antrag, betreffend "Einführung einer Fragestunde im Wiener Gemeinderat" eingebracht.

Die bei der konstituierenden Sitzung krankheitshalber entschuldigt gewesene Gemeinderätin Leopoldine Schlinger wird angelobt.

Mandatsverschiebungen

An Stelle des Amtsführenden Stadtrates Dipl.-Ing. DDr. Pius Prutscher, der sein Mandat als Mitglied des Gemeinderates zurückgelegt hat, wird Dipl.-Ing. Walter Blaschka als neues Gemeinderatsmitglied angelobt.

Bei Bekanntgabe der zur mündlichen Verhandlung gelangenden Geschäftsstücke meldet sich GR. Müller (DFP) zu Wort. Er verlangt Aufklärung zur Post 87, betreffend Vertrag zwischen der Stadt Wien und Maurice Feldmann, und wirft die Frage auf, warum eine Privatperson mit Werbeaufträgen der Stadt Wien betraut wurde, wo doch in Amerika genügend offizielle Außenstellen der Republik sind. Er äußert die Vermutung, daß es sich um die Subventionierung einer Person handeln könnte, die mit dem Vorsitzenden der SPÖ bestens bekannt ist.

Bürgermeister Marck repliziert: Bitte bei Antragstellungen persönliche Vermutungen, die durch nichts begründet sind, zu unterlassen. Ich werde nicht zulassen, daß bei Anträgen, die zu stellen jeder Gemeinderat das Recht hat, Vermutungen angeknüpft werden, die in einen anderen Personenkreis reichen.

Das Verlangen von GR. Müller um Aufklärung wird von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Ergänzungswahlen

Auf Vorschlag des Bürgermeisters findet eine Umstellung der Tagesordnung vor, sodaß zuerst die notwendigen Ergänzungswahlen stattfinden. GR. Elisabeth Schindler (SPÖ) hat ihr Mandat als Mitglied des Gemeinderatsausschusses IV zurückgelegt und GR. Hermine Fiala (SPÖ) ihr Mandat als Mitglied des Gemeinderatsausschusses XII. Die SPÖ schlägt für beide Mandate Gemeinderätin Leopoldine Schlinger vor, die mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gewählt wird. GR. Dr. Bauer (ÖVP) hat sein Mandat als Mitglied der Gemeinderätlichen Personal-Kommission zurückgelegt. Der für dieses Mandat von der ÖVP vorgeschlagene GR. Prof. Zörner wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gewählt. Gemeinderat a.D. Jodlbauer (SPÖ) hat gebeten, ihn von seiner Funktion als Mitglied des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zu entheben. Der Doppelvorschlag lautet auf Bundesrat Alfred Porges und Amtsrat Leopold Mayrhofer. Der an der ersten Stelle genannte Bundesrat Porges wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP für diese Funktion gewählt.

3,3 Millionen für Subventionen

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) legt einen Antrag auf Bewilligung der 4. Subventionsliste 1969 mit einer Gesamthöhe von 3,305.500 Schilling vor.

Gemeinderat Dr. Wolfram (FPÖ) bezeichnet die Subvention für das Genesungsheim Kalksburg als zu gering, gemessen an der Bedeutung und der großen Leistung, die diese Anstalt erbringt. Während früher rund 10 bis 15 Prozent der dort behandelten Alkoholiker als geheilt entlassen werden konnten, sind es jetzt bereits 40 bis 50 Prozent. In seinem Schlußwort zeigte sich Vizebürgermeister Slavik über die aner-
kennenden Worte für das Genesungsheim Kalksburg erfreut und kündigte an, daß etwaige Vorschläge, die von seiten des Heimes an die Stadt Wien herangetragen werden, sicherlich "sehr wohlwollend" geprüft werden. In der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ angenommen.

Erweiterte Kreditaktion

Nächster Tagesordnungspunkt war ein Antrag, die Existenz-Gründungs-Kreditaktion der Stadt Wien (gemeinsam mit dem Handelsministerium und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft) dahingehend zu erweitern, daß der Kreditrahmen auf 60 Millionen Schilling aufgestockt wird. Gemeinderat Hans Mayr (SPÖ) stellte als Berichterstatter fest, daß diese Kreditaktion großen Anklang gefunden habe.

Gemeinderat Heinrich Matza (ÖVP) teilte mit, daß bisher 604 Kredite mit einer Durchschnittshöhe von 72.000 Schilling vergeben wurden. Gemeinderat Matza stellte auch einen Antrag, demzufolge die maximale Kredithöhe pro Kreditwerber von 100.000 auf 150.000 Schilling erhöht werden soll.

In seinem Schlußwort stellte Gemeinderat Hans Mayr fest, die Sozialisten seien keineswegs gewerbefeindlich. Man könne von ihnen aber nicht erwarten, daß sie die gegenwärtige Umstrukturierung auf dem Wirtschaftssektor durch eine finanzielle Stützung nicht lebensfähiger Betriebe aufhalten. Der Redner ging eingehend auf diesen Prozeß ein, in dessen Verlauf, wie er sagte, die Produktion immer stärker den Großbetrieben zufällt, während sich der Schwerpunkt der Kleinbetriebe auf den tertiären Sektor, also den Dienstleistungsbereich, verlagert.

In seinem Schlußwort empfahl Gemeinderat Hans Mayr (SPÖ), den Sinn der Kreditaktion darin zu erblicken, daß sie zur Existenzgründung vorgesehen ist und daher mit der Erreichung des 35. Lebensjahres des Antragstellers befristet sein muß.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Mehrheit angenommen, der Antrag der Gemeinderäte Matza und Hahn wurde dem Gemeinderatsausschuß II zugewiesen.

Neue Volksschule

GR. Ascherl (SPÖ) ersuchte um Genehmigung zur Errichtung einer achtklassigen Volksschule am Haeckelplatz in Simmering, im Gebiet der Türndorfstraße sollen tausend Wohnungen und ebenso viele im Gebiet der Kaiser-Ebersdorfer Straße errichtet werden.

Damit ist ein Schulraumbedarf für 400 Kinder zu erwarten. Die geplante Schule, die in Fertigteilbauweise erbaut werden soll, wird auch Sonderschulklassen erhalten.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) erklärte, daß er es für unverständlich und unerträglich erachte, daß man für 400 Schüler nur acht Klassen vorsehe, einem Lehrer also je 50 Kinder zumute. Er schlage daher vor, daß man auf dem Haeckelplatz eine mindestens zehn- bis zwölfklassige Volksschule errichte.

In seinem Schlußwort pflichtete GR. Ascherl den Ausführungen seines Vorredners grundsätzlich bei, gab jedoch zu bedenken, daß es in ganz Wien keine Schule gebe, in der 50 Schüler in einer Klasse seien und die MA 56 schon jetzt alle Vorkehrungen getroffen habe, die Schule am Haeckelplatz im Bedarfsfall zu erweitern.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Landaufenthaltsaktion

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) ersuchte um nachträgliche Genehmigung, die notwendigen Vereinbarungen zur Durchführung der Landaufenthaltsaktion für Dauerunterstützte und Ausgleichszulagenbezieher abzuschließen. Die Urlauber haben, sofern es sich um eine Einzelperson handelt, 500 Schilling, Ehepaare 750 Schilling als Eigenbeitrag zu entrichten. Sofern freie Plätze vorhanden sind, können sich auch Besucher der Pensionistenklubs der Stadt Wien gegen Entrichtung eines ihrem Einkommen entsprechendem Kostenbeitrages beteiligen. Die Gesamtkosten betragen 1,910.000 Schilling für die Landaufenthaltsaktion und 90.000 Schilling für zusätzliche Fürsorgemaßnahmen.

GR. Marga Hubinek (ÖVP) hält eine Überprüfung der Effektivität für notwendig. Von den sechs Pensionen, die zur Verfügung stehen, kenne sie fünf. Sie sind relativ bescheiden und sehen eine Unterbringung von mindestens drei Personen in einem Zimmer vor. Während die Aktion bis zum Jahr 1966 für die Teilnehmer gratis war, sind seit 1967 mindestens 500 S zu entrichten.

./.

Dr. Hubinek spricht sich dafür aus, die Form dieses "Kollektivurlaubes" zu überdenken. Es wird bei den alten Leuten nicht ungeteilte Freude hervorrufen, wenn sie in Zwei- und Dreibettzimmern schlafen müssen. Es wäre denkbar, den Teilnehmern einen Bonus über einen bestimmten Betrag zu geben und es ihnen so zu ermöglichen, sich einen bescheidenen Urlaub zu gönnen, bei dem sie nicht unbedingt als Gemeindeurlauber abgestempelt sind. Sie könnten dann auch den Zeitpunkt ihres Urlaubs selbst bestimmen.

Berichterstatte~~r~~in Szöllösi zeigt sich im Schlußwort verwundert, da die Rednerin in den Ausschüssen immer mitgestimmt habe. Sie stellt fest, daß die Leute nicht einfach eingeteilt werden, und hebt hervor, daß ein Beitrag erst eingeführt wurde, als die Befürsorgten den Ausgleichsrentnern gleichgestellt wurden. Wir können auf diese Landaufenthaltsaktion nach wie vor stolz sein, der Andrang beweist es.

Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Parkgarage

Sodann referiert Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) über die Errichtung einer dreigeschossigen Parkgarage für zirka 2.300 Pkw: im Allgemeinen Krankenhaus. Die Kosten betragen 323 Millionen Schilling, die je zur Hälfte von der Stadt Wien und vom Bund getragen werden.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl (ÖVP) stellt fest, daß es sich um einen weiteren bedeutenden Abschnitt bei der Errichtung des neuen Allgemeinen Krankenhauses handelt. Er schildert eingehend die Anlage und Ausstattung der geplanten Parkgarage und dankt den Planern, daß sie weit vorausschauend eine Parkgarage in diesem Umfang vorsehen. Man soll nicht übersehen, daß dabei der Bund 160 Millionen für die Lösung des Problems des ruhenden Verkehrs in Wien aufbringt. Da man bei einem so gigantischen Bau mit einer langen Bauzeit rechnen muß, wird in den nächsten Jahren mit einer Verbesserung der Parkmisere in diesem Bereich des 9. Bezirks nicht zu rechnen sein.

Dagegen ist nach Fertigstellung eine große Entlastung zu erwarten. Der Redner zeigt auf, daß hinsichtlich Parkgaragen Wien keinen Vergleich mit Basel aushält, und gibt der Erwartung Ausdruck, daß alle Anstrengungen unternommen werden, um Parkgaragen in naher Zukunft zu schaffen.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Start für U-Bahn

Hierauf legt Stadtrat Heller (SPÖ) den Antrag vor, für die im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau notwendigen Umbauten im Bereich des Karlsplatzes 37 Millionen Schilling zu genehmigen.

44 Wortmeldungen der DFP

In Konsequenz ihres heute im Gemeinderat eingebrachten Antrages über die Erstellung eines Bebauungs- und Verkehrsplanes für ganz Wien hatte sich Gemeinderat Dr. Tuma von der DFP zu nicht weniger als 44 Geschäftsstücken zu Wort gemeldet. Alle diese Geschäftsstücke beschäftigten sich mit Grundstücksangelegenheiten, die nach Meinung des Redners so lange zurückgestellt werden sollen, bis die von seiner Fraktion verlangten Pläne fertig sind. Gemeinderat Dr. Tuma stellte dieses Ansinnen gleich beim ersten Geschäftsstück und verzichtete in der Folge auf seine weiteren Wortmeldungen.

Er verweist darauf, daß auch von den anderen kleinen Fraktionen bereits seit Jahren immer wieder eine bessere Planung und ein gegenseitiges Abstimmen der einzelnen Bauvorhaben verlangt wurde. Es wurden in der Vergangenheit viele gute Gelegenheiten versäumt. 1945 war das Stadtbild so zerstört, daß man mit Überlegung und relativ wenig Kosten an den Bau einer modernen Stadt hätte herangehen können. Seine Fraktion werde auf den Mißstand der fehlenden Planung immer wieder hinweisen und die notwendigen Maßnahmen verlangen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß das vorliegende Geschäftsstück zusammen mit vier weiteren der heutigen Tagesordnung den Startschuß für den U-Bahn-Bau gibt. Allerdings sei dieser Startschuß bereits vom Stadtsenat vorweggenommen worden und der Gemeinderat kann nur nachträglich dazu Stellung nehmen.

Es sei zu hoffen, daß mit dieser Praxis bald aufgehört werden möge. Den U-Bahn-Bau begrüßt der Redner, da er für Wien geradezu lebensnotwendig geworden ist. Der Massenverkehr kann heute ohne zweite Verkehrsebene nicht mehr bewältigt werden. Als bedauerlich bezeichnet er, daß bis heute noch kein Finanzierungskonzept vorgelegt wurde und auch über den Ausbau der verschiedenen Varianten Unklarheit herrsche. Auch ein Zeitenplan wurde noch nicht vorgelegt. Es wäre auch notwendig, den Gemeinderat über den derzeitigen Stand der Planung zu informieren. Man hört zum Beispiel auch, daß die Trasse Favoritenstraße geändert werden soll und daß im Bereich des Zentrums Kagran durch die U-Bahn-Planung spätere Umbauten notwendig wären, die man hätte verhindern können.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß bei der erfolgten Neueinteilung der Geschäftsordnung nicht daran gedacht wurde, eine Dienststelle zu schaffen, in der alle U-Bahn-Fragen konzentriert behandelt werden.

Gemeinderat Neusser (ÖVP) stellt fest, daß heute 8,1 Millionen Schilling rückwirkend für das Jahr 1968 beschlossen werden. Er bittet diesbezüglich um eine Erklärung. Der Redner kommt sodann auf die Parkmisere im Bereich des Karlsplatzes zu sprechen, die sich inzwischen um eine Verkehrsmisere erweitert hat. Er spricht die Hoffnung aus, daß man während der Bauarbeiten für die U-Bahn die Baugrube im Bereich des Karlsplatzes überdecken wird, wie dies auch in anderen Großstädten bei ähnlichen Bauvorhaben getan wird. Berichten in der Mehrheit des Hauses nahestehenden Zeitungen kann man entnehmen, daß am Karlsplatz Autotunnels errichtet werden sollen, ferner Fußgängerreservate und daß die Karlskirche in dieses Bauvorhaben miteinbezogen werden soll. Die Wahrung des Stadtbildes in diesem Bereich soll jedoch Mehrkosten von 200 Millionen Schilling verursachen. Nach unabhängigen Schätzungen könne man jedoch, wie der Redner feststellt, mit 75 Millionen das Auslangen finden.

Der Redner stellt ferner die Frage, was mit der geplanten Stadtautobahn geschehen soll, ob diese Tangente noch im Gespräch oder bereits verworfen sei. Wird sie jedoch durchgeführt, dann erhebt sich die Frage, wo wird sie in dieses Bauwerk eingegliedert und vor allem was wird mit dem Naschmarkt geschehen?

In diesem Zeitungsartikel wurde auch vom Bau einer unterirdischen Parkgarage für insgesamt 2.000 Pkw geschrieben. Sollte dieses Projekt verwirklicht werden, müßte man so planen, daß die Aushebungen der Baugruben so erfolgen, daß sie gleichzeitig für die unterirdische Garage dienen können.

Der Redner erhebt ebenfalls die Forderung nach Ausarbeitung und Vorlage eines Kostenplanes und eines Zeitplanes für den Wiener U-Bahn-Bau.

Abschließend forderte der Redner, und zwar, wie er sagte, "ultimativ", Stadtrat Heller solle eine Zeit-Kosten-Rechnung über den Bau der U-Bahn vorlegen.

Stadtrat Heller stellte in seinem Schlußwort fest, daß auf eine ganze Anzahl der heute gestellten Fragen schon bei der Fassung der grundsätzlichen Beschlüsse im Gemeinderat die Antwort gegeben worden sei. Im einzelnen ging der Bericht-erstatte auf folgende Themenkreise ein: Eine Umplanung der Linie U 1 (Reumannplatz - Praterstern) ist nicht geplant. In der Detailplanung wird allerdings im Augenblick die Möglichkeit geprüft, den Streckenteil der unteren Favoritenstraße (Columbusplatz - Keplerplatz) in Schildbauweise zu errichten.

Auf die Finanzierungsprobleme eingehend, erklärte Stadtrat Heller, daß sich der Bund mit seinem Entschluß zur finanziellen Beteiligung sehr lange Zeit gelassen habe. Was die Unterlagen betrifft, so könne doch wohl niemand im Ernst annehmen, daß der Bund jemals bereit gewesen wäre, ohne Vorlage einer stichhaltigen Kostenrechnung seine finanzielle Beteiligung zuzusagen.

Die ÖVP möge doch endlich mit der Argumentation aufhören, daß anderswo alle Bauprobleme schön und wunderbar gelöst werden und daß nur in Wien die Techniker und Ingenieure dumm und einfältig seien.

Schließlich gab der Berichterstatter - übrigens auch im Namen von Frau Vizebürgermeister Gertrude Sandner - die Erklärung ab, daß natürlich die feste Absicht besteht, die beiden von Otto Wagner stammenden Stationsgebäude der Stadtbahn auf dem Karlsplatz entweder an ihrem derzeitigen Standort oder an einem anderen Ort im Bereich des Karlsplatzes zu erhalten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ angenommen. Der Antrag der DFP wurde abgelehnt.

Bezirkszentrum

Stadtrat Heller (SPÖ) ersuchte um nachträgliche Genehmigung des Antrages, in Wien 22, Kagran, Bernoullistraße, ein Bezirkszentrum mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 75 Millionen Schilling zu errichten. Das Bezirkszentrum wird neben einem großen Saal und den dazugehörigen Verbindungsgängen eine Volkshochschule, eine Ladenzeile und ein Amtshaus umschließen.

GR. Schemer (SPÖ) untermauerte die Errichtung des Bezirkszentrums damit, daß in der Donaustadt allein in den letzten zehn Jahren 10.000 Wohnungen gebaut wurden und die Bevölkerungsschicht von 57.000 auf 80.000 gestiegen ist. Obwohl zahlreiche Schulen, Kindergärten, Brücken und andere öffentliche Einrichtungen entstanden sind, fehlt leider immer noch der Mittelpunkt.

Es waren allerdings viele Schwierigkeiten zu überwinden, ehe man die für das Bezirkszentrum benötigten Grundstücke endlich in den Besitz der Stadt einverleiben konnte. Ja, es war sogar eine Umplanung durch die Architekten notwendig, weil ein einziger Grundstückbesitzer nicht bereit war, für dieses der Allgemeinheit dienende Vorhaben den Grund abzutreten. In dem Zentrum sollen auch eine Polizeidienststelle, ein Finanzamt, ein Postamt und ein Bezirksgericht untergebracht werden.

Allerdings soll nicht vergessen werden, daß die so dringend benötigte Mittelschule, deren Errichtung nach langen Verhandlungen endlich für das Jahr 1968 vorgesehen war, kaum noch in Angriff genommen worden ist. Erst knapp vor dem 27. April begann man mit ersten Aushubarbeiten. Vorläufig stehen wieder einmal nicht genügend Mittel zur Verfügung, und es wäre eine begrüßenswerte Initiative der ÖVP-Fraktion dieses Hauses, könnte sie von Prof. Dr. Koren die notwendigen Mittel für die Fertigstellung dieser Schule erreichen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Bürohaus

Gemeinderat Konir (SPÖ) erbat die nachträgliche Genehmigung zum Abschluß eines Vertrages zwischen der Wiener Städtischen Versicherungsanstalt und der Stadt Wien, demzufolge die Stadt Wien das Bürohaus Am Modenapark 1-3 mietet und die 9.022 Quadratmeter Büroräume und 4.082 Quadratmeter Garagenräume für städtische Dienststellen verwendet.

Gemeinderat Dr. Hirnschall (FPÖ) verweist auf die große Zahl von Geschäftsstücken, die in den letzten drei Monaten vom Stadtsenat vorgenehmigt wurden, und meint, daß es sich die Rathausverwaltung in manchen Fällen sehr leicht gemacht hat. Der zur Verhandlung stehende Mietvertrag zum Beispiel wurde bereits am 23. August 1968 der "Wiener Städtischen" zur Unterschrift zugeleitet, er ist am 9. September 1968 unterschrieben zurückgeschickt worden und liegt seither in der Magistratsabteilung 52. Offensichtlich hatte man an einer öffentlichen Behandlung dieser Materie vor den Wiener Gemeinderatswahlen kein sonderliches Interesse. Und es muß zweifellos den Unmut der Bevölkerung erregen, wenn für ein städtisches Bürohaus jährlich eine Grundmiete von 6,3 Millionen Schilling aus Steuermitteln entrichtet werden muß. Das ist ein Preis von 58 Schilling pro Monat und Quadratmeter, samt den Betriebskosten sogar von weit über 60 Schilling pro Quadratmeter. Man muß die Frage stellen, ob tatsächlich dieses Bürohaus Am Modenapark gemietet werden muß.

Dieser Vertrag ist für die Stadt Wien tatsächlich nicht tragbar. Es ist unmöglich, daß die Stadt Wien für die Anmietung von Büroräumlichkeiten Beträge in dieser Größenordnung ausgibt, in dieser horrenden Höhe bezahlt, während sie andererseits aufgelassene Schulen innerhalb des Gürtels adaptiert und dann Parteiorganisationen oder nahestehenden Verbänden um einen Pappenstiel zur Verfügung stellt.

Berichterstatter Konir (SPÖ) erinnert im Schlußwort an die Ausschußdiskussion, wo festgestellt wurde, daß der erhöhte Preis wegen der verschiedenen zusätzlichen Investitionen notwendig war.

Der Antrag wird hierauf mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Richtigstellung

Auf Blatt 1624 soll es richtig heißen: 10.20 statt 11.20 Uhr.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes).

Anton Hanak-Ausstellung eröffnet
=====

13. Juni (RK) Im Österreichischen Museum für angewandte Kunst auf dem Stubenring wurde gestern nachmittag die Ausstellung "Der Bildhauer Anton Hanak 1875 bis 1934" in Anwesenheit von Vizebürgermeister Gertrude Sandner, Vertreterin des Kulturamtes der Stadt Wien sowie zahlreichen Ehrengästen eröffnet. Der Direktor des Museums, Prof. Dr. Wilhelm Mrazek, hob in seiner Begrüßung hervor, daß diese große umfassende Ausstellung durch eine gemeinsame Initiative der Stadt Wien und des Bundes zustande gekommen ist, wobei der Bund Kosten in der Höhe von rund 150.000 Schilling, das Kulturamt solche in der Höhe von 130.000 Schilling zur Verfügung gestellt haben. Nur durch diese erfreuliche Zusammenarbeit war es möglich, diese dem großen Bildhauer gemäße Ausstellung zu installieren. Er begrüßte in der Folge den Sohn des Künstlers, Walter Hanak und dessen Familie, und dankte diesen, daß sie es gestatteten, aus dem im Prater befindlichen Depot die dort untergebrachten Plastiken herauszuholen, restaurieren und in das Museum überführen zu dürfen. Daß man die Ausstellung im Haus auf dem Stubenring untergebracht hat, hat seine gute Begründung darin, daß der Bildhauer Anton Hanak in eben demselben Haus im Jahr 1920 bis 1927 seine Werke selbst ausgestellt hat und an der Schule vom Jahr 1908 bis zum Jahr 1932 als Lehrer und Professor tätig war. Nach Beendigung der zur Reihe der Festwochenveranstaltungsreihe "Wochen der Bildhauer - Sommer 69" gehörenden Ausstellung im österreichischen Museum, werden die 37 Plastiken und 70 Handzeichnungen und Studienblätter in das in Gründung begriffene Hanak-Museum in Langenzersdorf übersiedeln.

In Vertretung des Unterrichtsministeriums erklärte Sektionschef Dr. Härtl, daß die Wochen der Bildhauer und diese Ausstellung einen einmaligen Überblick über das Schaffen des 20. Jahrhunderts bietet. Abschließend dankte er für die so fruchtbare Zusammenarbeit und Unterstützung mit und durch das Kulturamt der Stadt Wien bei dieser ersten gemeinsamen Ausstellung und erklärte diese für eröffnet.

Prämierung von Schülerarbeiten über "Tag der offenen Tür"
=====

13. Juni (RK) Anlässlich des vorjährigen "Tag der offenen Tür" wurde in den Wiener Volks- und Hauptschulen ein Aufsatz- und Zeichenwettbewerb mit dem Thema "Meine Heimatstadt Wien" veranstaltet. Bürgermeister Bruno Marek hat 120 Schülerinnen und Schüler, die ausgezeichnete Arbeiten einreichten, für Mittwoch, den 18. Juni, um 16 Uhr in den Rathauskeller, Grüner Saal, zu einer Jause eingeladen. Als Anerkennung für ihre Leistungen erhalten die Kinder Mal- und Zeichenrequisiten. Die prämierten Arbeiten, werden im Rathauskeller ausgestellt.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu dieser Veranstaltung zu entsenden.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

13. Juni (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:
Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 7 S, Häuptelsalat 2 S, Kochsalat 3.50 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Ananaserdbeeren 12 bis 14 S, Bananen 7 S, Kirschen 8 bis 10 S je Kilogramm.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Kinderheim

GR. Paulas (SPÖ) referiert einen Antrag auf Kauf eines Grundstückes samt den darauf befindlichen Baulichkeiten in der Gemeinde Aflenz. Auf dem Grundstück soll ein Kindererholungsheim errichtet werden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellt fest, er kenne dieses Grundstück und die Baulichkeiten und halte sie für die Verwendung als Kindererholungsheim für völlig ungeeignet. Das Gebäude ist alt und renovierungsbedürftig, liegt direkt an der Mariazeller Bundesstraße im Zentrum des Ortes und außerdem 1,20 Meter unter dem Straßenniveau und dadurch ist es auch feucht. Die Baudirektion habe sich in einem Gutachten gegen den Kauf dieses Hauses aus rein technischen Gründen ausgesprochen und abgesehen davon auch den Preis als zu hoch bezeichnet.

In einem kurzen Schlußwort wies der Berichterstatter, Gemeinderat Paulas, die Kritik von Dr. Hirnschall zurück.

Der Kauf des Objektes in Aflenz wurde in der Abstimmung mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP genehmigt.

Volksbegehren

Nächster Tagesordnungspunkt war die Bodeckung der Kosten für die beiden unlängst durchgeführten Volksbegehren (Arbeitszeitverkürzung und Abschaffung des 13. Schuljahres). GR. Sagmeister (SPÖ) beantragte als Berichterstatter, daß hierfür ein Betrag von einer Million Schilling zur Verfügung gestellt werden soll. Als einziger Debattenredner kritisierte GR. Dr. Schmidt (FPÖ) verschiedene Vorfälle bei der Durchführung der Volksbegehren, die er als Verletzung der Grundsätze der Toleranz bezeichnete. Bei der Auswahl der Eintragungslokale solle in Hinkunft mehr Sorgfalt angewendet werden, damit es nicht wieder vorkommen könne, daß ein sozialistisches Parteilokal für die Eintragung bestimmt wird. (Zwischenruf der Sozialisten: "Das war ein Pensionistenklub der Gemeinde Wien!")

In der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

p.r.-Vertrag

Gegenstand des nächsten Tagesordnungspunktes ist ein Vertrag mit dem amerikanischen p.r.-Manager Maurice Feldman zum Zwecke der Wien-Werbung in den USA. Feldman bietet seine Dienste zum Gegenwert von 4.500 U.S.-Dollar pro Vierteljahr an. Darüber referiert GR. Margarete Tischler (SPÖ).

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bemängelt zunächst, daß der Akt nicht vollständig und daher auch nicht rechtzeitig zur Einsichtnahme aufgelegt ist. Er fordere daher die Absetzung des Geschäftsstückes. An Hand der spärlichen Unterlagen hätte er sich aber immerhin folgendes Bild gemacht: Maurice Feldman würde für den Gegenwert von monatlich 38.700 Schilling versuchen, Wien-Nachrichten in US-Zeitungen und im US-Fernsehen zu lancieren. Garantien gebe er keine und die Kontrolle darüber, ob das, was erscheine, tatsächlich auf Grund von Feldmans Einfluß geschehe, wäre ebenfalls nicht gewährleistet. "Es liegt kein Werksvertrag vor, sondern man verlangt von uns die Zustimmung zu einer monatlichen Rente, allerdings nicht einer nach dem ASVG."

Nach Angriffen gegen den PID als "Verursacher" und die Höhe der zur Debatte stehenden Ausgabe beantragt er formell die Absetzung des Geschäftsstückes.

GR. Margarete Tischler betont im Schlußwort, daß überall und allerorten immer mehr auf die Werbung Bedacht genommen werde. So müsse dies auch Wien tun, und der gegenständliche Vertrag sei eben auch ein Teilstück dieser Bestrebungen.

Wie die Referentin abschließend feststellt, sind die aus dem Vertrag erwachsenden Kosten im Verhältnis niedrig, besonders wenn man bedenkt, daß 1.761 Tageszeitungen mit einer Auflage von nahezu 60 Millionen Exemplaren und mehr als 500 Rundfunk- und Fernsehstationen mit einbezogen sind.

Bei der Abstimmung wird zunächst der Gegenantrag der DFP auf Zurückstellung des Geschäftsstückes abgelehnt (Zwischenruf des GR.Dr. Schmidt: 'Über den Antrag Müller ist zu Beginn der heutigen Tagesordnung abgestimmt worden!'), sodann wird der Antrag der FPÖ abgelehnt und schließlich der Referentenantrag mit den Stimmen der Sozialisten angenommen.

Gas aus Benzin

Über den Antrag, im Investitionsplan der Gaswerke für das Wirtschaftsjahr 1969 eine neue Post "Einrichtung für die Verwendung von Benzin in der Heizphase bei der CCR-Anlage V" zu eröffnen und hierfür einen Sachkredit von 800.000 Schilling zu bewilligen, referiert GR. Hahn (ÖVP). Wie der Berichterstatter feststellt, wird sich der Investitionsaufwand bereits im zweiten Betriebsjahr amortisieren.

GR. Kowarsch (ÖVP) bedauert, daß in der Öffentlichkeit zwar viel über die finanziellen Schwierigkeiten bei den Stadtwerken gesprochen wird, die durch die ungünstige finanzielle Lage der Verkehrsbetriebe verursacht wird, man jedoch vergißt, wieviele und welche große Leistungen bei den Städtischen Unternehmungen erzielt wurden. Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag muß darauf hingewiesen werden, daß durch die Inanspruchnahme von Speichergas eine Einsparung von rund 600.000 Schilling pro Jahr erzielt wird und daß durch die Novellierung des Mineralölsteuergesetzes Millionen-Einsparungen erzielt werden konnten. Die Anregung zur Novellierung des Gesetzes kam vom Direktor des Gaswerkes, und auf Initiative von Stadträtin Dr. Schaumayer hat sich die Bundesregierung in kurzer Zeit zu einer Novellierung entschlossen. Sie hat damit gezeigt, wieviel Verständnis sie den Belangen der Bundeshauptstadt entgegenbringt.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Gürtel-Umbau

GR. Karoline Pluskal (SPÖ) referiert einen Antrag auf nachträgliche Genehmigung des Umbaus des Sechshauser- und Mariahilfer Gürtels von der Linken Wienzeile bis zur Mariahilfer Straße. Man rechnet mit voraussichtlichen Kosten von 12,8 Millionen Schilling.

GR. Prof. Zörner (ÖVP) bezeichnete es als erfreulich, daß mit einem Kostenaufwand von fast 13 Millionen der Umbau dieses Teilstückes durchgeführt wird. Leider hat das Ganze einen Schönheitsfehler, weil die Kreuzung Mariahilfer Straße - Gürtel in den Umbau nicht miteinbezogen und daher der Engpaß dorthin verlagert wurde. Die einzige Lösung wäre die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene an der Kreuzung Mariahilfer Straße - Gürtel.

GR. Pluskal stellt in Schlußwort fest, daß es darum ging, die Sechshauser Straße zu entlasten. Das geschah dadurch, daß der Verkehr nun nicht am äußeren Mariahilfer Gürtel sondern am Inneren abgewickelt werden kann.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Subventionen

GR. Ascherl (SPÖ) referiert einen Antrag auf Gewährung von jährlichen Subventionen an die Wiener Landesverbände der Mitgliederorganisationen des Österreichischen Bundesjugendringes in der Höhe von insgesamt 1,492.500 Schilling.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) verlangt, auch andere förderungswürdige Jugendorganisationen in diese Aktion einzubeziehen. Die Eltern dieser Jugendlichen seien genauso Steuerzahler und tragen mit ihrer Steuerleistung zur Aufbringung der Mittel bei.

Zum Unterschied von Wien subventionieren andere Bundesländer und auch das Unterrichtsministerium den "Ring freier Jugend". Der Redner stellt den Antrag, den Ring freier Jugend, Landesgruppe Wien, in den Kreis der geförderten Jugendorganisationen miteinzubeziehen.

In seinem Schlußwort stellte GR. Ascherl fest, daß der "Ring freiheitlicher Jugend" schon deshalb keine Subvention erhalten könne, weil er nicht Mitglied der Dachorganisation der Jugendbewegungen, nämlich des Österreichischen Bundesjugendringes, ist.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Stadt des Kindes

Nächster Tagesordnungspunkt waren die ersten Maßnahmen zur Verwirklichung der "Stadt des Kindes". GR. Gawlik (SPÖ) legte als Berichterstatter dar, daß zur Errichtung und Führung dieser Institution ein Kuratorium bestellt werden soll, welches eng mit der Stadtverwaltung zusammenarbeitet. Für die Planungs- und Entwicklungsarbeiten soll eine Million aufgewendet werden.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) bezeichnet die Schaffung eines Kuratoriums als überflüssige Maßnahme.

Im Schlußwort stellte der Berichterstatter GR. Gawlik fest, daß die Führung durch ein Kuratorium nicht zuletzt deshalb geplant sei, weil die Stadt Wien mit dem "Kuratorium Wiener Pensionistenheime" ausgezeichnete Erfahrungen gemacht hat.

Das Geschäftsstück wurde einstimmig gebilligt.

Dianabad

Nächster Tagesordnungspunkt: Stadtrat Hubert Pföchl (SPÖ) war Berichterstatter zur Genehmigung eines Sachkredites von 143 Millionen für den Bau des neuen Dianabades. Neun Millionen Schilling sind als Baurate für heuer vorgesehen. Der Berichterstatter teilte mit, daß die Brunnen für das Bad bereits fertiggestellt sind und daß die Hochbaumaßnahmen gerade beginnen. Er ersuchte um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag.

GR. Peter (FPÖ) bemängelt, daß das neue Dianabad für Männer wohl 310 Umkleidemöglichkeiten haben wird, für Frauen jedoch nur 240. Warum? Sind wir gegen Emanzipation? Außerdem sei die jetzt vorliegende Schätzung der Baukosten - "wir sind uns aber klar darüber, daß sie wie immer selbstverständlich überschritten werden und das nicht zu knapp" - mit 143 Millionen verdächtig gering.

"Billiger als vor zwei Jahren!" Warum kein Wellenbad? Kein 50-Meter-Becken?

GR. Dr. Macher (ÖVP) erinnert an die Geschichte und die damit verbundene "Affäre Dianabad". Seit 1960 spreche man vom Dianabad. Am 30. April 1965 wurde es gesperrt und seither habe das Hin und Her kein Ende gefunden. Nicht einmal die Öffentlichkeit hätte Zeit zu einer Stellungnahme bekommen, und nun würde "husch husch" beschlossen. Warum eigentlich bei einer neunjährigen Wartezeit und einer voraussichtlich vierjährigen Bauzeit? "Es ist ein Mini-Projekt". Und wiederum nichts für "Wien als Weltstadt".

GR. Bednar (SPÖ): "Das Dianabad ist ein Großprojekt im Rahmen des Bäderkonzeptes". Das Floridsdorfer Hallenbad habe 120 Millionen gekostet, und es sei klar, daß das Dianabad nicht geringer bewertet werden könne als das Floridsdorfer, das heute zu den modernsten Europas zählt. "Die ursprünglich projektierten 320 Millionen waren aber doch zu viel und schließlich müssen wir ja die Ausgaben der Bevölkerung gegenüber rechtfertigen."

Das heute so viel diskutierte 50-Meter-Schwimmbecken ist zwar Wunsch der Sportfreunde, nicht aber der des überwiegenden Teiles der Bevölkerung. Diese wünscht sich ein Bad, in dem man sich sportlich betätigen kann, wobei es ganz gleichgültig ist, ob das Becken 33, 50 oder 100 Meter lang ist. (Zwischenrunde der ÖVP.) Der Gemeinderat empfahl, nicht mit der Länge eines Schwimmbeckens Politik zu betreiben. Die Stadt Wien hat den Sportverbänden die Zusage gegeben, eine 50 Meter-Bahn zu errichten und sie wird dies auch tun, nämlich wie gestern verbindlich abgemacht wurde im Stadthallenbad.

In seinem Schlußwort erinnerte Stadtrat Pfoch daran, alle jene, die auch in der vergangenen Session im Hause ihre Funktion bekleidet haben, wissen, daß im Herbst des vergangenen Jahres von einer Projektveränderung Mitteilung gemacht wurde. Niemanden blieb es unbekannt, daß für das neu zu errichtende Dianabad nur 4.200 Quadratmeter Grund zur Verfügung stehen. Hätte man allen Wünschen Rechnung getragen, müßte ein siebenstöckiger Bau mit einem Aufwand von 320 Millionen Schilling errichtet werden.

Stellt man dem gegenüber, daß das im Verlauf der nächsten sieben Jahre vollendete Bäderkonzept mit insgesamt 14 neuen Bädern nur 500 Millionen Schilling kosten wird, liegt die Entscheidung wohl auf der Hand. Auch der Verband der österreichischen Schwimmvereine hat sich mit der zugesagten 50 Meter-Bahn im Stadthallenbad einverstanden erklärt.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Neue Geschäftseinteilung

Stadtrat Dkfm. Hintschig (SPÖ) stellte den Antrag, die neue Geschäftseinteilung des Magistrates der Wiener Stadtverfassung zu genehmigen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärt: besser als alle Reden von vergangenen Freitag zeigt dieses Koalitionspapier, was von dieser neuen Kooperation in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Man bekommt den Eindruck, es wurden zunächst die Stadtratposten geschaffen, es wurde zunächst ihre Zahl um zwei erhöht und dann hat man mühsam einige Magistratsabteilungen für jeden dieser Stadratsposten zusammengekratzt. Eine echte Form der Geschäftseinteilung des Wiener Magistrates müßte anders aussehen. Mit einer Reihe von Beispielen untermauert der Redner seine Ansicht, daß die Aufteilung willkürlich erfolgt ist, daß Agenden zersplittert wurden oder andererseits wesentlichen Belangen nur eine untergeordnete Bedeutung beigemessen wird. Wie aus den Ausschußverhandlungen hervorgeht, sind offensichtlich auch die beiden Koalitionsparteien nicht überzeugt, daß hier ein optimales Ergebnis erzielt worden ist und man dem alten Wunsch nach einer echten Reform näher gekommen ist. Wir haben jedenfalls die Hoffnung, daß es in den nächsten Jahren zu dieser Reform kommen wird, nicht, wir sind vielmehr der Ansicht, daß hier eine große Chance vergeben worden ist, und lehnen die Vorlage ab.

Stadtrat Dkfm. Hintschig stellt in seinem Schlußwort fest, daß es in dieser kurzen Zeit nicht möglich war, eine optimale Lösung zu finden, er aber alle an ihn herangetragenen Verbesserungsvorschläge prüfen lassen und gegebenenfalls eine Novellierung der Geschäftseinteilung dem Gemeinderat vorlegen werde.

Der Antrag wird hierauf mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Bürgermeister Marek schließt die Sitzung kurz vor 16 Uhr.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Von Strauß bis Lehár
=====

13. Juni (RK) Anlässlich der Wiener Festwochen weilen zur Zeit die Gesangsvereine Duisburg und Hamburg in Wien. Auch sie wollen ihren Beitrag zu den Festwochen liefern und werden heute abend in der Stadthalle unter dem Motte "Von Strauß bis Lehár" ein Konzert geben.

Mittags waren die 100 Sänger Gäste der Stadt Wien und wurden von Stadtrat Ing. Fritz Hofmann im Rathauskeller zu einem Mittagessen empfangen.

- - -